

Stand: 04.05.2024 05:13:05

Vorgangsmappe für die Drucksache 18/27698

"Beschleunigungsprogramm Ganztagsbetreuung - woran hakt's?"

Vorgangsverlauf:

1. Initiativdrucksache 18/27698 vom 01.03.2023
2. Beschluss des Plenums 18/27803 vom 02.03.2023
3. Plenarprotokoll Nr. 137 vom 02.03.2023



Dringlichkeitsantrag

der Abgeordneten **Florian von Brunn, Doris Rauscher, Dr. Simone Strohmayr, Margit Wild, Christian Flisek, Diana Stachowitz, Ruth Waldmann, Ruth Müller, Arif Taşdelen, Klaus Adelt, Horst Arnold, Inge Aures, Martina Fehlner, Harald Güller, Volkmar Halbleib, Alexandra Hiersemann, Annette Karl, Natascha Kohnen, Markus Rinderspacher, Florian Ritter, Stefan Schuster** und **Fraktion (SPD)**

Beschleunigungsprogramm Ganztagsbetreuung – woran hakt's?

Der Landtag wolle beschließen:

Die Staatsregierung wird aufgefordert, dem Ausschuss für Arbeit und Soziales, Jugend und Familie und dem Ausschuss für Bildung und Kultus mündlich und schriftlich über die Gründe für den stockenden Ganztagsausbau in Bayern zu berichten. Dabei soll es insbesondere um die Frage gehen, warum seitens des Freistaates die verfügbaren Fördergelder des Bundes für den Ausbau der Ganztagsbetreuung für Grundschulkinder – trotz der deutlichen Fristverlängerung – zum überwiegenden Teil nicht abgerufen wurden.

Darüber hinaus wird die Staatsregierung aufgefordert, die Kommunen bestmöglich beim Ausbau der Ganztagsplätze zu unterstützen. Neben einer ausreichenden Information über die Beantragung der Fördermittel (einschließlich der entsprechenden Fristen), gilt es, die Kommunen auch in der Bedarfsplanung zu unterstützen. Klarheit gilt es diesbezüglich auch darüber zu schaffen, welche der bayerischen Betreuungsangebote den Anspruch auf Ganztagsbetreuung erfüllen werden – dies betrifft insbesondere die Angebote unter Schulaufsicht bzw. die Mittagsbetreuung.

Begründung:

Zum 11. Oktober 2021 ist das Gesetz zur ganztägigen Förderung von Kindern im Grundschulalter (Ganztagsförderungsgesetz – GaFöG) in Kraft getreten, welches einen Rechtsanspruch auf Ganztagsbetreuung für Kinder im Grundschulalter (schrittweise) ab dem Jahr 2026 vorsieht. Ab August 2026 sollen zunächst alle Kinder der ersten Klassenstufe einen Anspruch haben, ganztägig gefördert zu werden. Der Anspruch wird in den Folgejahren um je eine Klassenstufe ausgeweitet, sodass ab August 2029 jedes Grundschulkind einen Anspruch auf ganztägige Betreuung hat. Das Ganztagsförderungsgesetz sieht einen Betreuungsumfang von acht Stunden an fünf Werktagen vor – auch in den Ferienzeiten (abzüglich einer Schließzeit von vier Wochen).

Während in anderen Bundesländern bereits ein Rechtsanspruch auf Betreuung von Grundschulkindern besteht, darunter Brandenburg, Hamburg, Sachsen-Anhalt und Thüringen, muss Bayern seine Angebote noch deutlich ausweiten. Im Schuljahr 2020/2021 waren im Freistaat rund 260 000 Schulkinder ganztägig betreut. Das sind 55,1 Prozent im Verhältnis zur Gesamtzahl der Kinder im Alter von sechs bis unter zehn Jahren. Schätzungen des Deutschen Jugendinstituts gehen allerdings von einem Bedarf von 80 Prozent in den kommenden Jahren aus. Demnach müssten in Bayern bis 2030 zwischen 108 000 und 136 000 Plätze zusätzlich geschaffen werden. Der geschätzte Personalbedarf liegt bei 4 100 bis 7 800 zusätzlichen Vollzeitstellen. Damit ist Bayern neben Nordrhein-Westfalen das Bundesland mit dem größten Ausbaubedarf.

Gerade vor diesem Hintergrund ist es unverständlich, dass der Freistaat im Zuge des „Beschleunigungsprogramms Ganztagsbetreuung“ 2021 und 2022 nur 18,64 Prozent der vom Bund zur Verfügung gestellten rund 117 Mio. Euro für die Schaffung von Betreuungsplätzen beantragt und ausgezahlt hat – in Summe rund 21,7 Mio Euro. Bayern rangiert damit bundesweit mit weitem Abstand auf dem letzten Platz. Die Gründe hierfür sind bislang nur schwer nachzuvollziehen, denn die Fristen zum Abruf der Mittel waren für alle Bundesländer gleich und wurden im Zuge der Coronapandemie auch nochmals deutlich um mehr als ein Jahr verlängert. Der Verweis der Staatsregierung auf zu kurze Antragsfristen greift somit nicht. Insbesondere für Eltern, die schon jetzt ein passgenaues Angebot suchen, ist diese Nachricht sehr enttäuschend.

Offen ist weiterhin auch die Frage, welche der bayerischen Betreuungsangebote den Anspruch auf Ganztagsbetreuung erfüllen werden. Denn die Angebote unter Schulaufsicht – insbesondere die Mittagsbetreuung – decken die Ferienzeiten bislang nicht ab. Eine angekündigte Kabinettsbefassung zu diesem Thema steht weiterhin aus, was die Planung für die Kommunen unnötig erschwert.

Gerade vor diesem Hintergrund ist es notwendig, jetzt alle Register zu ziehen und den Ausbau der Betreuungsplätze in Bayern voranzutreiben. Denn die Bundesmittel (die sogenannten Beschleunigungsmittel) können trotz des Ablaufs der ursprünglichen Frist weiterhin abgerufen werden – sie werden den Basismitteln, die den Ländern zur Verfügung gestellt werden, zufließen. Für Bayern sind dies 427.919.800 Euro.



Beschluss

des Bayerischen Landtags

Der Landtag hat in seiner heutigen öffentlichen Sitzung beraten und beschlossen:

Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten **Florian von Brunn, Doris Rauscher, Dr. Simone Strohmayer, Margit Wild, Christian Flisek, Diana Stachowitz, Ruth Waldmann, Ruth Müller, Arif Tasdelen, Klaus Adelt, Horst Arnold, Inge Aures, Martina Fehlner, Harald Güller, Volkmar Halbleib, Alexandra Hiersemann, Annette Karl, Natascha Kohnen, Markus Rinderspacher, Florian Ritter, Stefan Schuster** und **Fraktion (SPD)**

Drs. 18/27698

Beschleunigungsprogramm Ganztagsbetreuung – woran hakt's?

Ablehnung

Die Präsidentin

I.V.

Alexander Hold

III. Vizepräsident

Redner zu nachfolgendem Tagesordnungspunkt

Sechster Vizepräsident Dr. Wolfgang Heubisch

Abg. Tobias Gotthardt

Abg. Doris Rauscher

Abg. Gudrun Brendel-Fischer

Abg. Gabriele Triebel

Abg. Oskar Atzinger

Abg. Julika Sandt

Abg. Dr. Anne Cyron

Sechster Vizepräsident Dr. Wolfgang Heubisch: Ich rufe zur gemeinsamen Beratung auf:

Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Florian Streibl, Dr. Fabian Mehring, Tobias Gotthardt u. a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)

Räumliche Potenziale ausschöpfen - Ausbau der ganztägigen Förderung von Schülerinnen und Schülern unbürokratisch vorantreiben (Drs. 18/27697)

und

Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Florian von Brunn, Doris Rauscher, Dr. Simone Strohmayer u. a. und Fraktion (SPD)

Beschleunigungsprogramm Ganztagsbetreuung - woran hakt's? (Drs. 18/27698)

Ich eröffne die gemeinsame Aussprache und erteile dem Kollegen Tobias Gotthardt das Wort. Bitte schön, Herr Kollege.

Tobias Gotthardt (FREIE WÄHLER): Sehr geehrter Herr Präsident, verehrte Kolleginnen und Kollegen! 2026 kommt bundesweit das Recht auf Ganzttag an unseren Grundschulen, beginnend ab der 1. Klasse und weiter aufbauend. Ich habe hier an dieser Stelle schon mehrfach gesagt: Berlin will den Ganzttag, und wir machen den Ganzttag. Das wiederhole ich auch hier zu Beginn meiner Rede zu diesem Dringlichkeitsantrag: Wir machen den Ganzttag in seiner Gänze, mit allen Herausforderungen, die uns diese Veränderung auferlegt.

Wir wissen, dass wir in Bayern mit etwa 120.000 zusätzlichen Kindern in der Ganztagsbetreuung ab 2026 rechnen müssen. Wir wissen, dass wir in Bayern etwa 5.000 bis 7.000 zusätzliche Kräfte brauchen werden, und wir wissen, dass die Kommunen, die unsere starken, verlässlichen Partner sind, in der Garantie dieses Ganztags ihren Beitrag leisten. Ganz zu Beginn meiner Ausführungen möchte ich deswegen ein dickes Danke an die Kommunen sagen: Was sie bislang schon geleistet haben mit den Betreuungsangeboten, mit den Ganztagsangeboten in ihrer Vielfalt, ist hervorragend.

Wir als Freistaat leisten gerne und weiterhin unseren Beitrag, damit die Kommunen in Bayern besten Ganztage bieten können.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN sowie Abgeordneten der CSU)

Wir haben deswegen auch den Ganztage und die Herausforderungen für 2026 in den beiden Ministerien angesiedelt: federführend im Sozialministerium bei Ministerin Scharf und begleitend im Kultusministerium bei Minister Piazzolo. Das ist doppelte Chefsache hier in Bayern.

Von den fünf Säulen, den Aufgaben, die wir vor uns haben, wenn es um den Ausbau und das Recht auf Ganztage geht, ist die drängendste und die aktuellste, die jetzt auf den Schreibtischen der Bürgermeister, der kommunalen Vertreter, der Kommunen liegt, der Zubau von räumlichem Potenzial, das man braucht, die zusätzliche Nutzung von räumlichem Potenzial. Da war unsere klare Ansage von Anfang an, noch bevor Berlin irgendwelche Kriterien festgelegt hat: Wir werden in Bayern größtmögliche Flexibilität garantieren für unsere Kommunen, damit sie die Herausforderungen des Zubaus an Räumlichkeiten für den Ganztage meistern.

Mit dem vorliegenden Änderungsantrag unterstreichen wir den Prozess, der jetzt in Bayern läuft. Wir werden größtmögliche Flexibilität für unsere Kommunen garantieren. Wir werden eine Doppelnutzung von Räumlichkeiten an unseren Schulen garantieren, um den Ganztage zu ermöglichen. Wir werden einen vereinfachten und flexiblen Zubau garantieren, der nicht unbedingt direkt am Schulgebäude dran sein muss, der auf die Herausforderungen eingeht. All das werden wir garantieren.

(Unruhe – Glocke des Präsidenten)

– Ich kann schon weiterreden. Ich habe kein Problem damit, wenn niemand zuhört. – Das vertreten wir und garantieren wir.

Die SPD hat einen zweiten Dringlichkeitsantrag in diesem Bereich zugeliefert mit der Überschrift, einfach gefragt: Woran hakt's? – Liebe Kolleginnen und Kollegen der SPD, ich kann euch sagen, woran es hakt:

(Florian von Brunn (SPD): Bei der Staatsregierung! Bei der Staatsregierung hakt es!)

– Vielleicht in anderen Ländern. Bei uns hakt es nicht. Wir bauen zu. Unsere Kommunen sind jetzt schon dabei zuzubauen. Ganz ehrlich: Wenn ihr unseren Kommunen vorwerft, sie hätten nicht zugebaut oder sie hätten zu wenig Fördergelder abgerufen – was ist denn das für eine Denke?

(Florian von Brunn (SPD): Weil sie von der Staatsregierung so schlecht informiert worden sind!)

Für mich zählt das, was am Ende rauskommt. Ich sehe, dass die Kommunen ihren Beitrag zuverlässig leisten, um den Zubau zu garantieren. Das zählt, das ist wichtig. Daran orientieren wir uns. Vielen Dank an die Kommunen.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN sowie Abgeordneten der CSU)

Lassen Sie mich ganz kurz die anderen Säulen aufzählen, weil sie auch wichtig sind. Wir haben auch die anderen Herausforderungen im Blick. Wir widmen uns der Herausforderung, für den Ganzttag in seiner Vielfalt Personal zu gewinnen. Wir widmen uns der pädagogischen Konzeption des Ganztags mit all seinen Möglichkeiten, die er uns bietet.

(Florian von Brunn (SPD): Sie widmen sich vielem! Aber herauskommen tut wenig!)

– Herr von Brunn!

(Florian von Brunn (SPD): Ja?)

– Haben Sie was? Dann machen Sie eine Wortmeldung, aber reden Sie nicht dauernd dazwischen!

(Tanja Schorer-Dremel (CSU): Das ist es nicht wert! – Florian von Brunn (SPD): Das ist ein Zwischenruf! Ich weiß nicht, ob Sie schon einmal im Parlament waren!)

– Hören Sie mir zu, dann können Sie von mir lernen. – Wir werden uns der pädagogischen Konzeption widmen. Das tun wir jetzt schon. Wir sind da in Kontakt mit vielen anderen Playern, um einen bunten Ganzttag zu garantieren, der einen Mehrwert in unserem Schulsystem schafft.

Ein weiterer Punkt ist die Finanzierung. Das ist eine Hausaufgabe für Berlin. Das, was Berlin an zusätzlichen Mitteln bereitstellt, um den Unterhalt des Ganztags zu finanzieren, wird nicht ausreichen, um das hohe Niveau, das wir in Bayern haben, zu garantieren. Wir haben in Bayern ein höheres Niveau als anderswo in Deutschland. Deswegen brauchen wir auch mehr Geld vom Bund, um dieses Niveau zu halten. Das ist unsere Forderung.

Ein letzter Punkt. Wir werden alles das, was wir tun, in einem vernünftigen Netzwerk mit allen Trägern, allen Playern, den Vereinen usw., den Lehrkräften und den Schulen zusammen fortschreiben, damit wir am Ende ein gutes Konzept für den Ganzttag 2026 haben. Wir werden auf dem aufbauen, worauf wir uns jetzt schon in Bayern verlassen können. Wir machen in Bayern den Ganzttag gemeinsam mit den Kommunen verlässlich. Ich sage, viele andere Länder werden sich 2026 einiges anschauen können. Wir machen unsere Hausaufgaben.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN sowie Abgeordneten der CSU)

Sechster Vizepräsident Dr. Wolfgang Heubisch: Danke, Herr Gotthardt. – Als nächste Rednerin rufe ich die SPD-Abgeordnete Doris Rauscher auf.

Doris Rauscher (SPD): Sehr geehrter Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! "Beschleunigungsprogramm Ganztagsbetreuung – woran hakt's?". Ja, woran hakt es? Eine berechtigte Frage! Am 1. Oktober 2021 ist das Gesetz zur ganztägigen Förderung von Kindern im Grundschulalter in Kraft getreten, das einen Rechtsanspruch auf Ganztagsbetreuung für Kinder im Grundschulalter schrittweise ab dem Jahr 2026 vorsieht. Ziel ist es, bis 2029 die Betreuungslücke nach der Kita zu schließen. Das, liebe Kolleginnen und Kollegen, ist richtig und wichtig.

Nach einer Studie des DJI und der TU Dortmund haben bislang 38 % der Eltern im Freistaat einen Platz in einer Ganztagsbetreuung für ihr Kind im Grundschulalter. Allerdings liegt der Bedarf jetzt schon höher, nämlich bei circa 54 %. Expertinnen und Experten gehen zudem davon aus, dass der Bedarf noch deutlich auf 80 % steigen wird. Das bestätigt durchaus auch die Staatsregierung, wie wir im Sozialausschuss vor ein paar Wochen erfahren haben. Kinder, die heute in der Kita sind, brauchen auch einen Platz in der guten Ganztagsbetreuung, wenn sie ein Schulkind sind. Für Bayern bedeutet das, dass bis 2030 zwischen 108.000 und 136.000 Plätze zusätzlich geschaffen werden müssen. Bayern ist damit das Bundesland mit dem größten Ausbaubedarf. In Bayern suchen dagegen heute schon einige Eltern nach einem passenden Angebot.

Umso überraschender war für uns die Nachricht, dass der Freistaat die verfügbaren Fördermittel des Bundes aus dem sogenannten Beschleunigungsprogramm Ganztagsbetreuung – so heißt das – für den Ausbau der Ganztagsbetreuung für Grundschulkinder zum überwiegenden Teil nicht abgerufen hat, Herr Gotthardt.

(Tobias Gotthardt (FREIE WÄHLER): Ja, warum denn?)

Wenn Sie das auf die Kommunen schieben, stelle ich mir schon die Frage, wo der politische Wille der Staatsregierung und wo die Kommunikation mit den Kommunen ist.

(Beifall bei der SPD und der FDP)

Schieben Sie doch nicht den Schwarzen Peter den Kommunen zu, Herr Gotthardt! Sie machen es sich zu leicht. Nach Angaben des Bundesfamilienministeriums wurden 2021 und 2022 vom Freistaat gerade einmal 18 % der fast 117 Millionen Euro beantragt und ausbezahlt. In Summe waren das lediglich 21,7 Millionen Euro von 117 Millionen Euro. Warum? Woran hakt es? Mit diesem Geld hätten Sie schon lange dafür sorgen können oder die Kommunen zumindest unterstützen können. Deswegen fragen wir Sie auch. Berichten Sie uns, woran es hakt. Die Staatsregierung kann sich doch nicht so abspatzen. Das Land ist doch dafür verantwortlich, dass unsere Kinder und Familien Ganztagsbetreuungsplätze an den Schulen bekommen.

(Beifall bei der SPD)

Sie hätten davon Gebäude, Möbel und sogar Spiel- und Sportgeräte kaufen können. Die Gebäude hätten saniert werden können. Bayern rangiert damit im bundesweiten Vergleich mit weitem Abstand auf dem letzten Platz. Das ist so. Das sind Fakten. Das ist nicht erfunden. Das muss man sehen. Andere Bundesländer ließen die Förderung nicht ungenutzt verstreichen. Sie haben zum Teil 100 % der Mittel oder knapp darunter abgerufen. Der Bundesdurchschnitt beim Abruf der Mittel lag laut Bundesfamilienministerium bei 71,7 % und damit um ein Vielfaches höher als der bayerische Prozentanteil. Das ist so. Wir tragen Sorge dafür, dass die Kinder einen Betreuungsplatz bekommen. Deswegen wollen wir in die Analyse gehen, Herr Gotthardt und liebe FREIE WÄHLER und Staatsregierung. Woran hakt es?

Liebe Kolleginnen und Kollegen, ich wiederhole die Frage, die wir uns tatsächlich stellen: Fehlt der politische Wille? Was wurde bisher unternommen? Der Hinweis vom Familienministerium, der Grund seien die engen Fristen gewesen, zieht auch nicht. Dieses Argument zieht einfach nicht; denn wir wissen, dass die Fristen für alle Bundesländer gleich waren. Trotzdem hakt es in Bayern, zumal der Bund die Fristen sogar noch verlängert hat. Das gilt es herauszufinden: Woran hakt es? Wieso wurden die Kommunen nicht aktiv? Wir wollen den Schwarzen Peter nicht den Kommunen zuschieben. Wir wollen die Kommunen unterstützen.

(Tobias Gotthardt (FREIE WÄHLER): Die wurden nicht aktiv!)

Ich stelle mir die Frage, warum sie nicht aktiv geworden sind, Herr Kollege. Warum haben wir das bisherige Tempo und kein schnelleres? Wir brauchen mehr Tempo beim Ausbau der Ganztagsplätze für die Familien und für die Kinder. Das ist wichtig. Für uns ist klar: Beim Ausbau der Betreuungsplätze müssen auch die Bedürfnisse der Kinder im Vordergrund stehen. Der Ausbau darf auch nicht an der Finanzkraft der Kommunen scheitern.

(Beifall bei der SPD)

Sie erfüllen nicht den Anspruch, Familienland Bayern zu sein, liebe CSU und FREIE WÄHLER. Das sind immer nur warme Worte. Die Tatsachen liegen jetzt auf dem Tisch. Sie müssen ordentlich Gas geben, damit Sie die Familien am Ende nicht im Regen stehen lassen. Machen Sie Ihren Job im Sinne der Kinder und im Sinne der Familien. Dann kommen wir wieder zusammen.

(Beifall bei der SPD)

Sechster Vizepräsident Dr. Wolfgang Heubisch: Frau Kollegin Rauscher, Sie dürfen umkehren. Es ist nicht verwunderlich, dass der Kollege Gotthardt, der schon während Ihrer Rede versucht hat, seine Fragen anzubringen, sich zu einer Zwischenbemerkung gemeldet hat.

Tobias Gotthardt (FREIE WÄHLER): Ich habe vom Kollegen von Brunn gelernt, man kann dazwischenrufen. Fragen möchte ich Sie Folgendes, Frau Kollegin Rauscher: Aufgefallen ist mir, dass Sie im Gegensatz zu mir den Kommunen vorgeworfen haben, dass sie nichts getan haben. Das finde ich nicht gut, weil die Kommunen durchaus etwas geleistet haben. Die Frage: Stimmen Sie mir zu, dass man einen Zubau an notwendigen Plätzen im Ganztage daran misst, ob diese Plätze vorhanden sind, ob der Zubau erfolgt ist, und nicht daran, wie viele Bundesmittel abgerufen worden sind? Es gibt dazu auch eine Landesförderung.

Doris Rauscher (SPD): Herr Kollege, zum einen fördert der Bund nur Plätze, die zusätzlich entstehen. Es geht also um den Ausbau und nicht um den Status quo. Die Kommunen haben ausgebaut. Ich erlebe es. Ich bin auch Kommunalpolitikerin in Ebersberg. Die Kommunen sind sehr bemüht. Fragen Sie doch einmal die Kommunen. Die kennen zum Teil nicht einmal die Verwaltungsvereinbarung. Sie liegt bei der Staatsregierung. Das Kabinett hat noch nicht einmal beraten. Die Kommunen stehen im Regen. Die Unterlagen liegen vor. Die Vereinbarung gehört auf bayerischer Ebene unterzeichnet, und dann können die Kommunen Gas geben. Es geht nicht um Kommunen-Bashing, sondern darum, sie an die Hand zu nehmen und zu schauen, wie der Ausbau gelingen kann. Darum geht es.

(Beifall bei der SPD)

Sechster Vizepräsident Dr. Wolfgang Heubisch: Vielen Dank. – Damit darf ich als nächste Rednerin aus der CSU-Fraktion Frau Gudrun Brendel-Fischer aufrufen. Bitte schön, Frau Kollegin.

Gudrun Brendel-Fischer (CSU): Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Eine große Aufregung herrscht hier im Hohen Haus. Wir müssen deshalb einiges aufklären. Zum einen hat die Kollegin zehnmal gefragt, woran es hakt. Dazu möchte ich mir schon den Hinweis erlauben, dass die Fristen tatsächlich sehr eng gesetzt waren und dass lange auf die Verwaltungsvereinbarung gewartet werden musste, weshalb die Verausgabung der Mittel um ein halbes Jahr verlängert wurde. Verlängert wurde aber nicht die wichtige Frist für die Antragstellung. Darum geht es. Wir alle wissen, was in den letzten Jahren los war. Wir hatten Corona, wir hatten Probleme damit, dass in den kommunalen Gremien die entsprechenden Beschlussfassungen erfolgen konnten. Planungen mussten erstellt oder Kostenschätzungen eingeholt werden. Jetzt hört man sehr häufig, dass die Kosten weitaus höher waren und deshalb das Geld nicht reicht, was man bekommt.

Es gibt sicher Kommunen, die sich noch etwas schwertun, hier aufzuspringen. Aber uns vorzuwerfen, dass die Information schlecht gelaufen wäre – mein Gott! Die kommunalen Spitzenverbände hatten mit weitem Vorsprung bereits die Informationen erhalten. Von daher ist nicht einsehbar, dass Sie das hier angreifen.

(Florian von Brunn (SPD): Kommunen-Bashing!)

An Bayern lag es also sicher nicht.

Wenn von Ihrer Seite gesagt wird, die anderen Bundesländer hätten schließlich genauso wenig Zeit gehabt, möchte ich darauf hinweisen, dass wir in Bayern natürlich mit eigenem Geld seit Jahren auf der Strecke aktiv sind. Von daher war die Notwendigkeit nicht so gegeben.

(Beifall bei der CSU – Matthias Fischbach (FDP): Schlusslicht sind wir!)

Im Übrigen leisten wir jetzt die Ganztagsangebote im schulischen Bereich zu zwei Dritteln über den gebundenen Ganztag, den offenen Ganztag, die Mittagsbetreuung, und wir haben natürlich in Bayern auch noch eine Besonderheit, die Sie immer nicht in die Kalkulation einbeziehen: Wir haben die Horte und stärken diese auch. In manchen Bundesländern sind die Horte abgeschafft. Das wollen wir in Bayern nicht, weil wir die Qualität schätzen.

(Beifall bei der CSU)

Speziell an die SPD gerichtet: Von Stillstand und Stagnation kann man nicht reden, wenn man zum 31.12. des letzten Jahres feststellt, dass wir fast 90.000 Plätze zugebaut haben. Daher ist es nicht ganz fair, wenn Sie hier so pauschal motzen. Bayern hilft und unterstützt.

Eines muss auch klar sein: Adressaten des Rechtsanspruchs sind die Kommunen. Von daher wird hier keine Kommune kritisiert. Die Kommunen haben sich auf sehr unterschiedlichen Wegen aufgestellt. Wir sehen, dass die bayerische Mittagsbetreuung

jetzt Anerkennung findet und als anspruchserfüllend gilt. Das heißt, dass die Kommunen hier sehr aktiv waren und die Bedarfe engagiert feststellen.

(Beifall bei der CSU)

Wie geht es jetzt weiter? – Bayern fördert mit FAG-Mitteln – Artikel 10 –, über das Schulfinanzierungsgesetz gibt es Geld, und es wird einen pauschalen Satz aus diesem Topf der Basismittel geben. Wir haben immerhin 460 Millionen Euro als Freistaat zur Verfügung, auch wenn Sie meinen, wir hätten da eine große Lücke und Geld sausen lassen. Jeder Platz wird mit 3.000 bis 6.000 Euro gefördert. Das bayerische Hortprogramm läuft auch noch mit 67 Millionen Euro bayerischem Geld. Wir sind halt nicht immer so stark auf diese Fördermittel angewiesen wie andere Bundesländer. Sie haben aber recht, das rechtfertigt nicht, dass wir sie nicht mitnehmen.

Ich bin zufrieden mit dieser Entwicklung und sehe, dass wir mit dem bayerischen Hortprogramm quasi insgesamt 10.000 Plätze geschaffen haben werden; 8.400 haben wir schon. Der Kollege von den FREIEN WÄHLERN hat natürlich absolut recht, wenn er sagt, wir müssen auch in Bayern schauen, dass die Förderrichtlinie so gestaltet wird, dass man die fertige Planung nicht schon irgendwo in der Schublade haben muss, sondern auch Zeit hat, sich auf individuelle Bedarfe in der Gemeinde vorzubereiten. Ich bin da guten Mutes. Wir brauchen auch keine Schickimicki-Architektur, sondern stabile und solide Gebäulichkeiten, die durchaus auch im Nahbereich des Schulhauses sein können. Wir haben da oftmals Leerstände bei den Kirchen oder Sportstätten. Hier haben wir gute Lösungen. Wir werden das wie immer pragmatisch angehen.

(Beifall bei der CSU sowie Abgeordneten der FREIEN WÄHLER)

Sechster Vizepräsident Dr. Wolfgang Heubisch: Vielen Dank, verehrte Kollegin. – Nächste Rednerin ist Frau Gabriele Triebel von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN.

Gabriele Triebel (GRÜNE): Sehr geehrter Herr Präsident, verehrte Kolleginnen und Kollegen! Der Ganztagsausbau in der Grundschule ist eine Mammutaufgabe. 80 %

der Grundschulkinder werden einen Ganztagsplatz brauchen. Dafür werden wir über hunderttausend neue Ganztagsplätze benötigen; diese Plätze dürfen keine Verwahrstationen werden, da muss etwas Sinnvolles passieren, die Kinder sollen sich dort wohlfühlen und gerne dorthin gehen. Es braucht also entsprechende Räume und gutes Fachpersonal. Bis zu 7.400 Vollzeitstellen werden dafür benötigt. Also, über hunderttausend Plätze, bis zu 7.400 Vollzeitstellen in sechs Jahren, bis 2029 – eine Mammutaufgabe, wie gesagt.

Das Ganztagsversprechen zur Förderung der Kommunen wird zum Markenkern unserer bayerischen Familienpolitik. Alle Akteure – Kommunen, Träger, Verbände und der Freistaat – müssen jetzt beherzt ihre Aufgaben angehen. Diese klotzigen Worte kamen dieses Mal nicht von Ministerpräsident Söder, sondern von Ministerin Scharf, als sie das Landesförderprogramm Ganztagsausbau – das übrigens Bundesmittel enthält – vorstellte.

Wie passt das Ganze damit zusammen, dass Sie, die Staatsregierung, die Beschleunigungsmittel – wir haben gehört, was das ist – nicht abgerufen haben? Warum beschäftigen Sie sich lieber mit Klagen über den Länderfinanzausgleich? Warum jammern Sie ständig, Bayern würde von der Bundesregierung stiefmütterlich behandelt,

(Wolfgang Fackler (CSU): Weil es so ist!)

statt Gelder, die für Bayern bereitstehen, auch zu nutzen?

(Beifall bei den GRÜNEN)

Mit diesen Geldern könnten Schulkinder auch in Bayern eine vernünftige Ganztagsbildung erhalten. Über 90 Millionen haben Sie, die CSU- und FREIE-WÄHLER-Regierung, in Berlin gelassen, und das auf Kosten unserer Kommunen. Gratulation zu dieser Meisterleistung!

(Beifall bei den GRÜNEN – Wolfgang Fackler (CSU): Stimmt doch gar nicht!)

Vom Bundesfamilienministerium werden nun für Bayern weitere 428 Millionen als Basismittel für den Ganztagsausbau bereitgestellt. Aber es geht wieder nichts voran. Seit Dezember letzten Jahres wartet man in Berlin auf die Unterschrift der CSU-Ich-kann-alles-besser-Alleinregierung unter der Verwaltungsvereinbarung, damit die Kommunen endlich konkret planen und das Geld abrufen können.

Dass hier wertvolle Zeit verschenkt wird, merken jetzt auch schon die FREIEN WÄHLER. Mit deren Dringlichkeitsantrag wird versucht, die CSU-Staatsregierung auf vermeintliche Verbesserungen hinzuweisen. Liebe FREIE WÄHLER, zu Ihrer Erinnerung: Auch Minister Piazzolo ist zuständig für den Ganzttag. Statt einen Dringlichkeitsantrag zu stellen, hätte es eigentlich gereicht, mal zum Telefon zu greifen

(Tobias Gotthardt (FREIE WÄHLER): Keine Sorge!)

oder diese vier Plätze hier zu überwinden. Anscheinend ist diese Überwindung nicht möglich. Setzen Sie sich endlich gemeinsam hin, und erarbeiten Sie ein bayerisches Ausführungsgesetz oder von mir aus Richtlinien, die die pädagogische Qualität und die kindgerechte Umsetzung der Ganztagsbildung festlegen. Die Zeit drängt.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Ab 2026 gilt's; denn ab da können die Eltern ihren Anspruch gegenüber den Kommunen rechtlich einfordern. Die Kinder brauchen ein qualitativ gutes Ganztagsangebot, und die Kommunen, die Bürgermeisterinnen und Bürgermeister, Verbände, Vereine warten auf die dringend nötige Unterstützung. Alle warten darauf, dass, wie Ministerin Scharf eingangs zitiert, die CSU-FREIE-WÄHLER-Staatsregierung den Ganztagsausbau endlich beherzt angeht. Erwachen Sie aus Ihrer Lethargie, damit das Ganztagsversprechen in Bayern nicht zu einem weiteren leeren Versprechen dieser Söder-Regierung wird.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Sechster Vizepräsident Dr. Wolfgang Heubisch: Vielen Dank, Frau Kollegin Triebel.
– Nächster Redner ist Herr Oskar Atzinger von der AfD-Fraktion.

(Beifall bei der AfD)

Oskar Atzinger (AfD): Herr Vizepräsident, Kolleginnen und Kollegen! "Si vis pacem para bellum" – wenn du den Frieden haben willst, bereite den Krieg vor.

(Zuruf des Abgeordneten Prof. Dr. Gerhard Waschler (CSU) – Unruhe – Glocke des Präsidenten)

Und wenn du Kinder haben willst, Sorge für Betreuungsangebote. Bis vor nicht allzu langer Zeit bekamen auch die deutschen Familien genügend Kinder, um den Fortbestand des Volkes zu gewährleisten. Seit einigen Jahrzehnten aber ist dies nicht mehr der Fall.

(Unruhe)

Stattdessen importiert man hierzulande inzwischen Menschen und überlässt das Kinderkriegen lieber den Migranten.

Doch warum ist das so? – Aufgrund der hohen Steuer- und Abgabenlast reicht ein Gehalt meist nicht aus, um eine Familie angemessen zu ernähren. Daher müssen häufig beide Elternteile Geld verdienen, um finanziell über die Runden zu kommen. Dafür braucht man eben Ganztagsbetreuung, leider, obwohl oder vielleicht auch gerade weil die AfD fordert, den Eltern die Wahlmöglichkeit zu überlassen. Da dieser Antrag geeignet ist, dass wieder mehr deutsche Kinder in Bayern geboren werden, stimmt die AfD diesem Antrag zu.

Vorhandene räumliche Potenziale sollen selbstverständlich genutzt werden, um die ganztägige Förderung von Schülerinnen und Schülern unbürokratisch voranzutreiben. Warum aber eine Regierungspartei einen derartigen Dringlichkeitsantrag stellt, ist mir

unverständlich. Anscheinend haben die FREIEN WÄHLER am Kabinettstisch keine Möglichkeit mehr, sich Gehör zu verschaffen. – Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der AfD)

Sechster Vizepräsident Dr. Wolfgang Heubisch: Danke. – Die nächste Rednerin ist Frau Julika Sandt für die FDP-Fraktion.

Julika Sandt (FDP): Sehr geehrtes Präsidium, liebe Kolleginnen und Kollegen! Markus Söder hat neulich ausnahmsweise einmal etwas Zutreffendes gesagt. Die Fakten sprechen dafür. Er hat im Interview mit der "Welt" gesagt: Bayern ist anders als Berlin.

Ja, das stimmt. Fast alle Bundesländer haben die Mittel für den Ausbau des Ganztagsangebots zu 97, 98 bzw. 100 % abgerufen. Berlin hat katastrophal nur 30 % abgerufen. Aber Bayern ist anders als Berlin. Bayern ist noch deutlich schlechter. Bayern hat die Mittel nur zu 19,7 % abgerufen. Das sind fairerweise Zahlen zum Jahresende. Das ist ein Skandal. Das ist eine Katastrophe. Und das, obwohl Bayern laut Bertelsmann-Monitor beim Ausbau der Ganztagsplätze sowieso mit das Schlusslicht bildet.

(Beifall bei der FDP – Zuruf des Abgeordneten Ulrich Singer (AfD))

Der Bund hat dem Freistaat im Rahmen des Beschleunigungsprogramms 117 Millionen Euro zur Verfügung gestellt. Bayern lässt um die 95 Millionen Euro einfach nur brachliegen. Das wären Plätze für die Kinder, das wären Plätze für die Familien. Das ist nicht tragbar. Ich weiß nicht, ob es Ihnen egal ist oder ob Sie völlig überfordert sind. Für eine Überforderung würde sprechen, dass Sie das ständig auf die Kommunen abwälzen, anstatt die Kommunen zu unterstützen. Für eine Überforderung spricht, dass Sie unsere Berichtsanträge zu diesem Thema ablehnen.

(Matthias Fischbach (FDP): Wahnsinn!)

– Wahnsinn. Echt Wahnsinn.

(Beifall bei der FDP)

Aber Sie werden von unseren Berichtsanträgen noch hören. Über die Verwaltungsvereinbarung über den weiteren Ausbau des Ganztagsangebots stellt der Bund Bayern noch einmal weitere 428 Millionen Euro zur Verfügung. Das Geld vom Bund ist doch da, aber Sie müssen es endlich mit einem vernünftigen, transparenten und bürokratischen Förderprogramm ausstatten, damit die Kommunen auch wissen, was sie machen sollen und wie sie die Mittel abrufen sollen.

(Zuruf des Abgeordneten Dr. Hubert Faltermeier (FREIE WÄHLER))

Sie müssen die Kommunen bitte auch mit Personal unterstützen.

(Beifall bei der FDP)

Beim Antrag der FREIEN WÄHLER zur Doppelnutzung habe ich echt gestutzt. Das geht doch nicht. Sie stellen den Kultusminister. Der hat es offensichtlich verschlafen. Wir stimmen Ihrem Antrag zu, um Sie aufzuwecken.

(Prof. Dr. Michael Piazzolo (FREIE WÄHLER): Ich bin doch gar nicht zuständig!)

– Nicht zuständig? – Sie sind doch Teil der Regierung. Der Ausbau des Ganztagsangebots liegt beim Kultusministerium und beim Sozialministerium. Die Berichte sollten in beiden Ministerien gegeben werden.

(Prof. Dr. Michael Piazzolo (FREIE WÄHLER): Die Kommunen müssen das Geld abrufen!)

– Die Kommunen sind schuld?

(Unruhe – Glocke des Präsidenten)

Herr Piazzolo, das ist ein Armutszeugnis. Wir stimmen dem Antrag zu, damit Sie hoffentlich einmal aufwachen und den Ausbau des Ganztagsangebots für die Kinder und die Familien voranbringen.

(Beifall bei der FDP – Prof. Dr. Michael Piazzolo (FREIE WÄHLER): Zuhören! –
Florian Streibl (FREIE WÄHLER): Wir sind schon wach!)

Sechster Vizepräsident Dr. Wolfgang Heubisch: Ich bitte Sie, die Emotionen ein bisschen herunterzufahren. Herr Staatsminister, ich bitte Sie, auch während der normalen Aussprache keine Zwiegespräche zu führen.

(Prof. Dr. Michael Piazzolo (FREIE WÄHLER): Sie hat mich angesprochen!)

Sie beide treffen sich häufig genug, sodass Sie Ihre Zwiegespräche nicht im Plenum führen müssen. Vielen Dank.

Als nächste Rednerin darf ich Frau Dr. Anne Cyron für die AfD-Fraktion aufrufen.

(Beifall bei der AfD)

Dr. Anne Cyron (AfD): Sehr geehrtes Präsidium, sehr geehrte Damen und Herren! Ja, es mag ein Versäumnis der Staatsregierung sein, die Mittel für den Ausbau der Ganztagsbetreuung nicht abzurufen. Zum Beispiel hat Baden-Württemberg die Mittel fast vollständig abgerufen. Aber ist denn damit die Umsetzung gesichert? – Das ist sie nicht. Die Umsetzung scheitert doch an der Tatsache, dass wir nicht genügend Fachkräfte haben, die eine Ganztagsbetreuung sichern könnten, sodass letztendlich unter Umständen aus der Ganztagsbetreuung eine Ganztagsverwahrung für die Kinder entstehen wird.

(Unruhe – Glocke des Präsidenten)

Das Abrufen der Mittel wird das Problem einer qualifizierten Ganztagsbetreuung in Bayern nicht lösen. Die Krux ist und bleibt nun einmal der Personalmangel. Warum findet keine Diskussion um einen zielführenden Ansatz statt? Warum setzt man immer nur auf Fremdbetreuung statt auf Betreuung in der eigenen Familie? Die AfD setzt auf die Wahlmöglichkeit, die vorsieht, dass Eltern, die die Nachmittagsbetreuung ihrer Kinder selbst leisten, Leistungen aus dem Bundesfördertopf erhalten. Eltern sind doch

noch immer die geeignetsten Fachkräfte für die Betreuung der eigenen Kinder. Die Betreuung innerhalb der Familie ist immer noch das Beste, was den Kindern passieren kann. Fremdbetreuung bleibt immer Fremdbetreuung, auch wenn sie noch so kompetent und fürsorglich durchgeführt wird, was aber im Hinblick auf die Personalsituation im Erziehungsbereich ohnehin nicht möglich sein wird.

Ab 2026 wird es eine Ganztagsverwahrung der Kinder geben. Von der Realisierung einer echten Betreuung sind wir vermutlich noch weit entfernt. Da hilft es auch nicht, die Mittel abzurufen.

(Beifall bei der AfD)

Sechster Vizepräsident Dr. Wolfgang Heubisch: Vielen Dank. – Weitere Wortmeldungen liegen mir nicht vor. Damit ist die Aussprache geschlossen. Wir kommen zur Abstimmung. Dazu werden die Anträge wieder getrennt.

Wer dem Dringlichkeitsantrag der Fraktion der FREIEN WÄHLER auf Drucksache 18/27697 seine Zustimmung geben will, den bitte ich um das Handzeichen. – Das sind die Fraktionen der CSU, der FREIEN WÄHLER, der AfD und der FDP sowie der Abgeordnete Bayerbach (fraktionslos). Gegenstimmen! – Der Abgeordnete Plenk (fraktionslos). Stimmenthaltungen! – Das sind die Fraktionen der GRÜNEN und der SPD sowie der Abgeordnete Busch (fraktionslos). Damit ist dieser Dringlichkeitsantrag angenommen.

Wer dem Dringlichkeitsantrag der SPD-Fraktion auf Drucksache 18/27698 seine Zustimmung geben will, den bitte ich jetzt um das Handzeichen. – Das sind die Fraktionen der GRÜNEN, der SPD und der FDP sowie der Abgeordnete Busch (fraktionslos). Gegenstimmen! – Das sind die Fraktionen der CSU, der FREIEN WÄHLER sowie die Abgeordneten Bayerbach (fraktionslos) und Plenk (fraktionslos). Stimmenthaltungen! – Das ist die AfD-Fraktion. Damit ist dieser Dringlichkeitsantrag abgelehnt.

Wir kommen zurück zur namentlichen Abstimmung über den Dringlichkeitsantrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN betreffend "Schützt unser Trinkwasser! Keine Verschwendung unseres Grundwassers!", Drucksache 18/27696. Sie haben für die namentliche Abstimmung drei Minuten Zeit. Ich eröffne die Abstimmung jetzt.

(Namentliche Abstimmung von 17:09 bis 17:12 Uhr)

Die Abstimmung ist damit beendet. Vielen Dank. Das Ergebnis gebe ich später bekannt.